

Titel

Wasserstreit im Nahen Osten

In seiner Rede vor dem israelischen Parlament am 12. Februar bemängelte EU-Parlamentspräsident Martin Schulz Israels Verhalten gegenüber den Palästinensern. Er zitierte einen jungen Palästinenser: „Wie kann es sein, dass Israelis 70 Liter Wasser am Tag benutzen dürfen und Palästinenser nur 17?“ Diese Aussage löste in der Knesset und in Israels Öffentlichkeit einen Sturm der Entrüstung aus. Haim Gvirtzman, Professor für Hydrologie an der Hebräischen Universität Jerusalem, antwortet dem europäischen Parlamentspräsidenten in einem Artikel, den wir im Folgenden zusammengefasst haben. || Dana Nowak und Johannes Gerloff



Palästinenser haben weniger Wasser als Israelis.
Doch was sind die Gründe dafür?

Foto: Abed Rahim Khatib, Flash90

Zunächst ist bemerkenswert, dass der israelische Wasserexperte, der Mitglied des Rates der israelischen Wasserbehörde und langjähriger Berater des gemeinsamen israelisch-palästinensischen Wasserausschusses ist, den gravierenden Unterschied im Blick auf die Wasserversorgung der Bevölkerung Israels und der palästinensischen Autonomiegebiete mit keinem Wort in Frage stellt. Entscheidend sind aus seiner Sicht die Gründe, die zu diesem Ungleichgewicht führen. Die Wasserfragen zwischen Israel und der Palästi-

nensischen Autonomiebehörde (PA) sind in den Oslo-Abkommen vertraglich geregelt. Demnach haben die Palästinenser das Recht, aus dem Aquifer, dem Grundwasserträger, in den östlichen Hebronbergen 70 Millionen Liter Wasser pro Jahr zu pumpen. Trotz finanzieller Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft hat die PA in den vergangenen zwei Jahrzehnten nur an einem Drittel der vereinbarten Stellen gebohrt. Der Großteil dieses Wassers läuft ungenutzt ins Tote Meer.

Hausgemacht: Wasserverlust

Ein Drittel des palästinensischen Wassers geht durch undichte Wasserleitungen verloren. Laut Gvirtzman geben sich die Palästinenser keine Mühe, ihre Wasserrohre zu reparieren. In Israel hingegen liegt der Wasserverlust durch schadhafte Leitungen bei nur 10 Prozent.

Die Palästinenser weigern sich, Wasseraufbereitungsanlagen zu bauen, obwohl sie nach den Oslo-Abkommen dazu verpflichtet sind. Vielfach fließt das Abwasser ungeklärt in die Bach- und Flussläufe. Die Folgen für die Umwelt sind katastrophal. Obwohl Geberländer bereit sind, den Bau von Kläranlagen vollständig zu finanzieren, entziehen sich die Palästinenser dieser Pflicht. Erst seit zwei Jahren ändert sich in dieser Hinsicht allmählich etwas, weil Israel Druck ausübt.

Bislang weigern sich die Palästinenser außerdem, ihre Felder mit geklärtem Abwasser zu bewässern. In Israel dagegen wird mehr als die Hälfte aller landwirtschaftlichen Flächen mit aufbereitetem Abwasser versorgt.

Einige palästinensische Bauern bewässern ihre Felder durch Überflutung. Durch Tropfbewässerung würde der Wasserverbrauch um mehr als 50 Prozent reduziert. Eine Überflutung der Felder ist eine enorme Wasserverschwendung, nicht zuletzt durch die große Verdunstung.

Die Internationale Gemeinschaft hat angeboten, im Gazastreifen eine Meerwasserentsalzungsanlage zu bauen. Die Palästinenser haben dieses Geschenk abgelehnt, obwohl eine solche Anlage das Wasserproblem für den gesamten Gazastreifen lösen könnte.

Die Palästinenser konsumieren im Westjordanland heute etwa 200 Millionen Kubikmeter Wasser pro Jahr. Sie könnten diese Menge ohne weiteres um mindestens 50 Prozent erhöhen, ohne jegliche Unterstützung von außen oder weitere Wasserzuteilung durch den Staat Israel.



Foto: msjacoby, flickr (CC BY-NC 2.0)

Durch Tropfbewässerung könnten Palästinenser enorm Wasser sparen.



Foto: delayed gratification, flickr (CC BY-NC-SA 2.0)

Im Westjordanland wurden Dutzende illegale Brunnen gebohrt.

Hilfreich: Einfache Maßnahmen

Dafür sind, laut Gvirtzman, einige einfache Maßnahmen erforderlich:

- » Die Erschließung der Wasservorkommen in den östlichen Hebronbergen könnte schnell zusätzliche 50 Millionen Kubikmeter Wasser jährlich liefern.
- » Durch die Reparatur der großen Lecks in den städtischen Wasserleitungen könnte der Verlust von 33 auf 20 Prozent reduziert werden, was ohne großen Aufwand weitere 10 Millionen Kubikmeter pro Jahr erbrächte.
- » Durch das Sammeln und die Aufbereitung von Abwasser aus den palästinensischen Städten würden unmittelbar 30 Millionen Kubikmeter Frischwasser für private Haushalte freigesetzt und eine Erweiterung der landwirtschaftlichen Nutzflächen ermöglicht.
- » Durch den Einsatz von Tropfbewässerung könnten die Palästinenser weitere 10 Millionen Kubikmeter Wasser im Jahr sparen.
- » Im Gazastreifen könnte eine Meerwasserentsalzungsanlage, die Reparatur von schadhafte Rohrleitungen, Abwasseraufbereitung und der Einsatz von Tropfbewässerung die bislang zur Verfügung stehenden 60 Millionen Kubikmeter Wasser pro Jahr nahezu verdoppeln.

Gvirtzman folgert: Die Wasserknappheit in den Autonomiegebieten ist das Ergebnis einer palästinensischen Politik, die Wasser verschwendet und die regionale Wasserökologie zerstört. Der Hydrologe spricht von einem „Wasserkrieg gegen Israel“ und wirft den Palästinensern vor, Wasser als Waffe einzusetzen. Er meint, die PA sei mehr daran interessiert, Israel das Wasser abzugraben, natürliche Wasserreserven zu verschmutzen, israelischen Landwirten Schaden zuzufügen und Israels Ruf in der Welt zu schaden, als das Wasserproblem der Palästinenser zu lösen. Vor diesem Hintergrund erklären sich einige weitere, ansonsten völlig irrationale Phänomene.



Foto: Ulrich W. Sahn

Wasserspiele in Jericho

Nicht existent: Wasserrechnungen

Bis 2010 hatten die Palästinenser mehr als 250 Brunnen im westlichen und nördlichen Aquifer gebohrt. Das ist eine Verletzung der Abkommen von Oslo. Seither hat das Bohren illegaler Brunnen mit alarmierender Geschwindigkeit zugenommen. Dadurch wurde etwa der natürliche Fluss von Wasser durch die Täler von Beit Schean und Harod in Israel verringert. Israelische Landwirte wurden gezwungen, ihre landwirtschaftlichen Pflanzungen zu reduzieren. Der Staat Israel musste die Wassermenge, die aus dem Aquifer in den Bergen gepumpt wird, von jährlich 500 Millionen Kubikmetern im Jahr 1967 auf heute 400 Millionen Kubikmeter reduzieren.

Palästinenser stehlen Wasser, indem sie Leitungen der staatlichen israelischen Wassergesellschaft Mekorot anzapfen. Infolgedessen bekam Mekorot Schwierigkeiten bei der Lieferung von Wasser – nicht nur an Israelis, sondern auch an Palästinenser.

Zur Weigerung, Wasserleitungen zu reparieren, Abwasser zu sammeln und aufzubereiten, aufbereitetes Wasser in der Landwirtschaft zu nutzen, kommt noch, dass die PA ihren Bürgern keine Wasserrechnungen ausstellt. In vielen Pumpstationen und Privathäusern gibt es nicht einmal Wasserzähler. So ist es unmöglich, den Wasserverbrauch einzelner Kunden festzustellen. Die meisten palästinensischen Einwohner im Westjordanland und im Gazastreifen bezahlen – im Gegensatz zu ihren jüdischen Nachbarn – nichts für das Wasser, das sie zu Hause oder auf ihren Feldern verbrauchen. Dies führt selbstverständlich zu einer ungeheuren Wasserverschwendung.

Undurchsichtig: Die Verwaltung

Die PA kauft jedes Jahr 50 Millionen Kubikmeter Wasser von Israels Wassergesellschaft Mekorot. Dieses Wasser wird aber nicht direkt, sondern zunächst vom Staat Israel bezahlt. Der jüdische Staat zieht dann diese Kosten von Steuer- und Zolleinnahmen ab, die er für die PA an israelischen Häfen einnimmt. Tatsächlich bezahlt die PA auf diese Weise aber nur 80 Prozent des von ihr verbrauchten Wassers. Da der palästinensische Wassermarkt auf undurchsichtige Art geführt wird, bezuschusst so letztendlich der israelische Verbraucher den palästinensischen Verbraucher. Ein Israeli bezahlt im Durchschnitt zehn Schekel pro Kubikmeter Wasser. 0,2 Schekel davon bezuschussen das Wasser der Palästinenser.

Nur in Israel, dem Westjordanland und den Golf-Staaten gibt es in 96 Prozent der Haushalte ausreichend trinkbares Leitungswasser. Die Bewohner in fast jedem anderen Land der Region Nahost leiden unter schrecklicher Wasserknappheit. In der jordanischen Hauptstadt Amman etwa werden Privathaushalte nur einmal in zwei Wochen mit Wasser beliefert. Weil die Türken das Wasser der Ströme Euphrat und Tigris umleiten, trocknen landwirtschaftliche Flächen in Syrien und im Irak aus. Millionen von Bauern verlieren im eigentlich fruchtbaren Zweistromland ihre Lebensgrundlage. In den Jahren unmittelbar vor Beginn des „arabischen Frühlings“ sind mehr als drei Millionen Landwirte aus den Euphrat-Tälern in die Vororte von Damaskus ausgewandert. Doch dort wird das Flusswasser, das als Trinkwasser genutzt wird, mit Abwasser vermischt.

In Ägypten gehen enorme Mengen Wasser durch Überflutungsbewässerung verloren. Der Nil stellt dreißig Mal mehr Wasser zur Verfügung, als Israels jährlicher Wasserverbrauch umfasst. Die Bevölkerung Ägyptens ist nur zehn Mal so groß wie die Israels. Dennoch leidet Ägypten an Hunger und Durst. Der Grund dafür ist eine schwerwiegende Wasserverschwendung. Ähnliches gilt für ganz Nordafrika.

In Israel dagegen gibt es trotz einer Reihe von Trockenjahren keine Wasserknappheit, weil der Staat Meerwasser entsalzt, Abwasser aufbereitet und mit den Ressourcen sparsam und effektiv umgeht. Israel wurde so sogar zum Wasserelexporteur. Mittlerweile liefert es jährlich 55 Millionen Kubikmeter Wasser an Jordanien und verkauft weitere 50 Millionen Kubikmeter an die Palästinenser. Frieden und regionale Kooperation würden dem Staat Israel ermöglichen, seinen Nachbarn zu helfen, ihre Notlage in den Griff zu bekommen. ||

Anzeige



Israelreise.de
...einfach anders!

Israelreise mit dem Geistlichen Rüstzentrum Krelingen
mit Volkmar Günther vom 7. - 18. Mai 2014

Bibl. Studienreise - Miteinander e.V. "Zurück zur Wurzel"
Shawuot & Pfingsten in Israel! 1. - 10. Juni 2014 + Verl.
ROOTS & SEED / CVJM-Zwickau

Die Israelrüstzeit für junge Erwachsene - 26.8. - 8.9.2014
Zum Laubhüttenfest nach Israel!
6. - 15. / 19. Oktober 2014 mit Badeverlängerung in Eilat
Kultur- und Photoreise vom 18. - 29. Oktober 2014
mit Petra & Carsten Steps

Familien- und Begegnungsreise vom 19.-31. Oktober 2014
mit Wilfried Gotter (Sächs.Israelfreunde)
Städtereise nach Jerusalem
vom 2.-7. November 2014

Informationsreise für Gruppenplaner & Interessierte
er zeigen Ihnen "unser" Israel vom 25. - 31. Januar 2015
Hebräisch, Sonne & Meer
Sprachkurs in Eilat, Termin nach Wunsch

Werner Hartstock
Schönbacher Marktsteig 22 - 08468 Reichenbach
Tel. 03765-71 98 51 - Fax 30 900 27
e-mail: info@israelreise.de - www.israelreise.de

Israelreise.de

Titel

Öffentliche Wasserschlacht

Die Bemerkung von EU-Parlamentspräsident Schulz vor der Knesset zur Wasserverteilung zwischen Israelis und Palästinensern hat in den Medien eine regelrechte Wasserschlacht ausgelöst. Ungeachtet aller Zahlen, Verträge und Fakten wird die Wasserknappheit als gefährlicher Funke zur Auslösung des nächsten Nahostkriegs beschrieben. Eine Medienkritik von Ulrich W. Sahn.

Der Grundtenor ist simpel: Böse Juden stehen armen Palästinensern das Wasser. Jüdische Siedler verschwenden Unmengen von Wasser, während Palästinenser das lebensnotwendige Nass mühsam und eimerweise aus Wasserlöchern ziehen, bis die israelische Armee kommt und diese zerstört.

Somit wird der Kampf gegen Israel für die verdurstenden Palästinenser zur Überlebensfrage.

Die Internetseite „Spiegel Online“ berichtete vom Eklat um Martin Schulz' Rede, nennt als Grund dafür aber nicht die Wasserfrage, sondern „die Kritik des EU-Parlamentspräsidenten am Siedlungsbau“. Im Text heißt es: „Unter anderem habe der SPD-Politiker wahrheitswidrig behauptet, dass den Palästinensern weniger Wasser zur Verfügung stehe als den Israelis.“ So formuliert, hätten selbst die rechtesten Abgeordneten Schulz zugestimmt. Unstrittig ist nämlich, dass Palästinenser weniger Wasser haben als Israelis. „Wahrheitswidrig“ war lediglich die Behauptung, Palästinenser hätten nur 17 Liter pro Tag und Kopf. Interessanterweise ist der für den Eklat entscheidende Passus aus dem auf „Spiegel Online“ mitgelieferten Video der Rede herausgeschnitten.

Den Zahlen ausgewichen

Die deutsche Nachrichtenagentur dpa verbreitete infolge des Eklat's deutschlandweit „Fakten zu Israels Wasser-

streit“ – was so klingt, also würden sich Israelis untereinander streiten. Dabei unterschlägt die Autorin Sara Lemel ebenfalls die von Schulz behaupteten 17 Liter, um dann fortzufahren: „Der Deutsche hatte kritisiert, dass Israel dem eigenen Volk deutlich mehr Wasser pro Tag zur Verfügung stellt als den Palästinens-

sische Landwirte“. Das mag einer von vielen Gründen sein. Diese Darstellung klingt aber so, als wolle die dpa die Not der palästinensischen Bauern demonstrieren und gleichzeitig Vorwürfen gegen die Palästinensische Autonomiebehörde ausweichen. Auch andere von der dpa genannte „Fakten“ sind fragwürdig.



Im Schwimmbad in Hebron

ern. Da Schulz sich dabei auf falsche Zahlen berief, machte er sich zum Opfer von Spott und Kritik. Doch auch wenn Schulz' Zahlen nicht korrekt waren, halten Israel-Kenner die Empörung für inszeniert: Denn die Ungleichverteilung gibt es.“ So wird nicht Schulz vorgeworfen, ungeprüfte und falsche Zahlen verkündet zu haben. Vielmehr meinen von Lemel namentlich nicht genannte „Israel-Kenner“, Knessetabgeordnete hätten den Eklat „inszeniert“.

Lemel verschweigt die marode Infrastruktur. Laut dpa entstehen 30 Prozent Wasserverlust durch „Anzapfen von Wasserleitungen durch palästinens-

Anders als „Spiegel Online“ und dpa schreibt Kathrin Haimerl in der „Süddeutschen Zeitung“ (SZ) korrekt, dass es die von Schulz genannten Zahlen waren, die den Eklat in der Knesset ausgelöst haben. „Kabale nach Zahlen“ titelt die SZ. Der Artikel verweist auf unterschiedliche Berechnungsgrundlagen als Ursache für widersprüchliche Angaben. Doch anstatt offizielle Informationen einzuholen, beruft sich die SZ dann vor allem auf UNO, Amnesty International und Nichtregierungsorganisationen, denen nur bedingt zu trauen ist. Eigentümlich mutet an, wenn dabei ein israelisches Forschungsinstitut als „israel-

Foto: Najeh Hashlamoun

Foto Tropfen: Okea, fotolia

freundlich“ bezeichnet wird, während andere Institutionen trotz eindeutigen politischen Standpunkts nicht eingeordnet werden. So beschreibt Haimerl das „Begin-Sadat Center for Strategic Studies“ (BESA), das die umfassende Wasserstudie von Haim Gvirtzman veröffentlicht hat, als „israelfreundlich“ – was nur als klare Warnung an den Leser im Blick auf die Vertrauenswürdigkeit von Gvirtzman verstanden werden kann.

Noch deutlicher wird der „unverheiratete, bekennende Atheist und in Palästina lebende“ Hydrologe Clemens Messerschmid in einem Artikel der SZ, der auch von der Deutsch-Arabischen Gesellschaft wiedergegeben wird. Gvirtzman sei „Siedler“, warnt er dort und in einem Interview mit dem islamistischen Internetportal „Muslim Markt“. Messerschmid behauptet, israelische Siedler im besetzten Westjordanland verbrauchten „13.000 Liter pro Person und Tag“, während sich ein Israeli anderswo mit „nur“ 278 Litern pro Tag begnügen müsse. Ein Palästinenser bekomme gleichzeitig 77 Liter, obgleich nach Ansicht der Weltgesundheitsorganisation mit 100 Litern die Grenze „für ein menschenwürdiges Leben“ unterschritten werde.

Mit 13.000 Litern pro Tag und Kopf könnte eine Siedlerfamilie jeden zweiten Tag ein Schwimmbad mit olympischen Ausmaßen füllen. Rund 300.000 Siedler würden laut Messerschmids Angaben genauso viel Wasser verbrauchen, wie alle acht Millionen Einwohner Israels – inklusive der Siedler – gemeinsam, nämlich etwa 1,5 Milliarden Kubikmeter pro Tag. Den 80 Millionen Einwohnern Deutschlands stehen mit 3,5 Milliarden Kubikmetern gleichzeitig nur dreimal so viel Wasser zur Verfügung.

Messerschmids Rechnung beinhaltet im Fall der Israelis „gewerbliches Brauchwasser“, also geklärtes Abwasser, das in einem separaten Rohrsystem ausschließlich für landwirtschaftliche Zwecke verwendet wird. Dass die Palästinenser ihre Abwässer aus offensichtlich ideologischen Gründen nicht klären und sich weigern, israelisches Brauchwasser zur Bewässerung ihrer Felder zu verwenden, verschweigt der deutsche Wasserexperte. Gleichzeitig sind bei der Angabe von 77 Litern für die Palästinenser schon etwa 30 Prozent Wasserverlust durch gebrochene Rohre abgezogen.

Fast im Gleichschritt griffen ARD und ZDF das Schulz-Motiv von 70 Litern für Israelis bei 17 Litern für Palästinenser auf.

Siedler werden nicht befragt

Beide Anstalten befragten einen beliebigen palästinensischen Bauern aus der Nähe von Jericho zu seiner Wassernot, zeigten verrostete Rohre und gleichzeitig auf benachbarte israelische Siedlungen, wo es Wasser im Überfluss gebe. Anstelle einer Stellungnahme aus einer Siedlung oder der israelischen Wassergesellschaft, ließ die ARD eine linksgerichtete israelische Menschenrechtsaktivistin von „Betselem“ zu Wort kommen, die selbstverständlich die Unterdrückung der Palästinenser durch die israelischen Besatzer bestätigte. Christian Sievers vom ZDF bot sogar eine Lösung: Wenn die Israelis den seit Jahrzehnten zum verdreckten Rinnsal verkommenen Jordan am See Genezareth nicht gestaut und gleichzeitig Palästinensern den Zugang zum „Fluss“ verbo-

Hans-Christian Rössler schreibt in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (FAZ) über „verwirrende Wasserzahlen“ und stellt widersprüchliche Angaben von UNO und Menschenrechtsorganisationen den abweichenden offiziellen israelischen oder palästinensischen Zahlen gegenüber. „Zahlen sind im Nahost-Konflikt immer hochpolitisch und selten wirklich verlässlich“, erkennt der FAZ-Korrespondent und bescheinigt Schulz „eigenartig niedrige Zahlen“.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) stellte mit Quellenangaben aus Studien und Presseartikeln schlüssig die Widersprüche in der israelisch-palästinensischen Wasserfrage dar. Dabei dienen eine Zusammenfassung der israelischen Botschaft und die Gvirtzman-Studie als Basis für die Darstellung der israelischen Seite, wobei der Botschaftsreport auch auf Vertragstexte



Springbrunnen in Hebron

Foto: Ulrich W. Sahn

ten hätten, bräuchten diese nicht zu verdursten und ihre Felder verdorren zu lassen. Beide Dokumentationen sind so einleuchtend aufgebaut, dass dem Zuschauer keine Chance bleibt, Fragen zu stellen. Angesichts der Tatsache, dass nicht einmal die erwähnten „Fakten“ stimmen, kann dies nur als einseitige Propaganda bezeichnet werden.

In der Wochenzeitung „Die Zeit“ stellte der israelische Journalist Gil Yaron die Kontroverse gut belegt dar. Dabei machen die Kontrahenten sowohl bei Wassermengen als auch bei Bevölkerungszahlen unterschiedliche Angaben und gelangen deshalb zu divergierenden Schlüssen.

hinweist. Die KAS analysiert die Diskussion in israelischen Medien, verweist auf Nichtregierungsorganisationen, nennt aber keine palästinensischen Quellen.

Viel zitiert, aber eindeutig politisch gefärbt, sind Berichte von Amnesty International und der Weltbank. Technisch langweilig, aber lesenswert und ausgewogen ist ein Report der „Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung“ (OECD), der sich zudem mit einer Vielzahl von Problemen wie Klimawandel, Technologien und gesetzlichen Maßnahmen auseinandersetzt. ||

Die Spitze des Eisbergs

Was im Einzelnen geplant, was Zufall war, bleibt unklar. Jedenfalls ist der israelischen Marine mit der Kaperung des unter der Flagge Panamas fahrenden Frachtschiffs „Klos-C“ zum richtigen Zeitpunkt ein Coup gelungen. ||
Johannes Gerloff



Reichweite bis 160 Kilometer:
M-302-Raketen an Bord der „Klos-C“

Foto: Israelisches Militär

Tage bevor der Frachter in Begleitung von zwei israelischen Raketenbooten im Hafen von Eilat eintreffen, entladen und genau überprüft werden konnte, verschickte das israelische Militär schon Bilder von M-302-Raketen, die an Bord gefunden wurden. Vor laufender Kamera erklärte der Oberbefehlshaber der israelischen Marine seinem Verteidigungsminister, quasi „spontan“ und „unter Kollegen“, die Funde – und was sie hätten anrichten können, wenn sie ihr Ziel im Gazastreifen erreicht hätten. Israels Militärsprecher zeichnete den Weg der Rüstungsgüter genau nach: von Damaskus über Teheran, über den iranischen Hafen Bandar Abbas am Persischen Golf, nach Umm Kasr im Süden des Irak und durch den Indischen Ozean in Richtung Port Sudan im Roten Meer – wo die „Klos-C“ am 5. März kurz vor dem sicheren Zielhafen von Elitesoldaten der „Schajetet 13“ gekapert wurde. Allein ein solches Schiff zu entdecken, ist die berühmte Nadel im Heuhaufen gefunden zu haben.

Fast wichtiger noch als das Geschehen auf dem fernen Meer erscheint die Inszenierung für die Öffentlichkeit. Wenn Benjamin Netanjahus Amerikareise nicht für dieses Ereignis geplant war, fand sie doch zum rechten Zeitpunkt statt – und wurde von den Israelis leidlich ausgenutzt. Plötzlich erschienen die Aussagen des israelischen Regierungschefs vor der AIPAC-Konferenz in neuem Licht, gewannen an Gewicht, als er dort vor Massen begeisterter Israelfreunde einen Tag zuvor erklärt hatte, der Iran schicke anstelle von humanitärer Hilfe „Raketen, Terroristen und Marschflugkörper, um Unschuldige zu bedrohen und zu verstümmeln“, in die Welt. Als einige Tage später klar war, dass das Schiff außer 40 Raketen noch 181 Mörsergranaten und 400.000 Schuss Munition geladen hatte, war die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit schon wieder anderen Dingen zugewandt.

„Wir befinden uns im Krieg“

Wer die Situation um Israel seit Jahren beobachtet, denkt bei der „Klos-C“ an andere Schiffe: Etwa die „Santorini“, die „Karine-A“, die „Francop“ und die „Victoria“, die alle zusammen möglicherweise nur ein Bruchteil der Waffenlieferungen aus dem Iran an extremistische Gruppierungen um Israel herum waren. Niemand weiß, wie viele derartige Schiffsladungen ihr Ziel erreicht haben. Es ist nicht festzustellen, wie viele ähnliche militärische Aktionen im Verborgenen geblieben sind, weil keine der beteiligten Seiten ein propagandistisches Interesse hatte, sie der Öffentlichkeit zu erzählen. Wir sehen von alledem nur die sprichwörtliche „Spitze des Eisbergs“.

Allen, die sich seit Jahren fragen, wann Israel gegen den Iran und seine hegemonistischen und atomaren Ambitionen losgeschlagen wird, und besonders denen, die einen neuen Nahost-

krieg verhindern wollen, sei's gesagt: Wir befinden uns mitten im Krieg – einem Krieg, der an vielen Orten furchtbar blutig ausgetragen wird. Dieser Krieg hat allein in Syrien in den vergangenen drei Jahren viermal so viele Todesopfer gefordert, wie alle arabisch-israelischen Kriege der vergangenen sieben Jahrzehnte zusammengenommen. Vielleicht werden wir, oder spätestens die Historiker zur Zeit unserer Kinder oder Enkel, diesen Krieg einmal als „Dritten Weltkrieg“ bezeichnen?

Der Kampf um die öffentliche Meinung

Aus israelischer Sicht stehen die 10.000 Raketen, die Experten im Gazastreifen vermuten, in einem engen Zusammenhang mit dem Geschehen in Syrien, in Libyen, in Mali, in Afghanistan, in Somalia oder auf der Sinaihalbinsel. Dieser jüngste Krieg tobt sich nicht in Panzerschlachten aus. Es sind nicht mehr Soldatenheere, die wie zur Zeit Napoleons aufeinander prallen. Die Kriege des 21. Jahrhunderts sind Geheimdienstkriege, in denen gezielte und überraschend schnell ausgeführte Kommandoaktionen wichtiger sind als lange Grabenkämpfe. Stellvertreter, wie etwa die Hisbollah als langer Arm des Iran, kommen zum Einsatz. Nicht zufällig hat der Iran alles unternommen, um die Herkunft der Raketen auf der „Klos-C“ zu verschleiern – schließlich konzentriert man sich seit der Amtsübernahme durch Präsident Hassan Rohani auf die Charme-Kampagne gegenüber der westlichen Welt. Außer dem Kampf um die öffentliche Meinung ist es aber vor allem „Cyberwarfare“, der Krieg im Datenraum, und „Lawfare“, der Krieg mit rechtlichen Mitteln, der Experten beschäftigt. Deshalb ist den israelischen Kommentatoren, die das Geschehen um die „Klos-C“ erklären, auch so wichtig, dass nach internationalem Recht die ganze Aktion absolut wasserdicht war.

Wer gegen wen?

Die Fronten dieses „Dritten Weltkriegs“ sind nur schwer zu verstehen und noch schwerer zu erklären. In Syrien bekämpft der Iran im Bund mit dem Regime Assad und der Hisbollah die dschihadistischen Gruppierungen, denen sich die Hamas und der Palästinensische Islamische Dschihad, für die die Lieferung der „Klos-C“ bestimmt war, verbunden wissen. Die Rolle des ölreichen, eigentlich pro-westlichen, gleichzeitig aber erzkonservativen Saudi Arabien ist ebenso ambivalent wie die des Nato-Mitglieds Türkei. Dessen Regierungschef Erdogan stammt aus derselben ideologischen Kinderstube wie die wahabistischen Extremisten der Muslimbruderschaft, der Hamas, des Islamischen Dschihad oder salafitischer Gruppierungen. Nach ersten Verhören meinten israelische Beobachter, der türkische Kapitän der „Klos-C“ habe keinen Schimmer davon gehabt, was er an Bord habe. Aber etwas geahnt haben musste er doch, bei einer Ladung, die ihren Ursprung im Iran hatte, im Irak mit Betonsäcken überdeckt wurde, um dann mit einem einzigen Frachtschein für die gesamte Ladung ausgestattet zu werden. Doch warum sollte man einen Türken verstehen wollen, wenn die Amerikaner einerseits Israel helfen, die „Klos-C“ und ihre Raketen zu entdecken und zu verfolgen – was sie Hinweisen zufolge getan haben – gleichzeitig aber nicht bereit sind, ihre Nahostpolitik zu überdenken, die praktisch überall genau den Leuten zur Macht verholpen hat, die des Westens und vor allem Israels unversöhnlichste Feinde sind? ||



SCHECHINGER
Tours

Reisen mit Schechinger-Tours –
wir laden herzlich ein

ISRAEL-FESTREISE-PFINGSTEN
Mit Georg Terner (Bad Liebenzell),
Walter und Marianne Schechinger (Wildberg-Sulz am Eck)
vom 08.06.2014 – 20.06.2014

ISRAEL-ERLEBNISREISE
Mit Gemeinschaftspastor Hans Schweizer (Neubulach)
und Jens Schechinger (Neubulach)
vom 12.06.2014 – 22.06.2014

**ISRAEL-ERLEBNISREISE „WÜSTE,
MEER UND MEHR“**
Mit Rocco Grämmel (Bibel-Center Breckerfeld)
und Markus Schechinger (Wildberg-Sulz am Eck)
vom 03.08.2014 – 17.08.2014

ISRAEL-ERLEBNISREISE
Mit Hanspeter Wolfsberger (Betberg),
Walter und Marianne Schechinger (Wildberg-Sulz am Eck)
vom 01.09.2014 – 12.09.2014

**ISRAEL KUR- UND WELLNESSREISE
ZUM TOTEN MEER**
Mit Wolfgang und Sieglinde Wangler (Pfalzgrafenweiler)
vom 16.09.2014 – 30.09.2014

ISRAELREISE ZUM LAUBHÜTTENFEST
Mit Walter und Marianne Schechinger (Wildberg-Sulz am Eck)
vom 06.10.2014 – 17.10.2014

ISRAELREISE
Mit Lutz Scheufler (Waldenburg),
Walter und Marianne Schechinger (Wildberg-Sulz am Eck)
vom 24.10.2014 – 02.11.2014

**ISRAELREISE
ÜBER DEN JAHRESWECHSEL**
Mit Wolfgang Wangler (Pfalzgrafenweiler),
Walter und Marianne Schechinger (Wildberg-Sulz am Eck)
vom 26.12.2014 – 04.01.2015

BITTE FORDERN SIE UNSERE REISEPROSPEKTE KOSTENLOS AN!

SCHECHINGER Tours Walter Schechinger

Im Kloster 33 • D - 72218 Wildberg-Sulz am Eck
Tel. 07054-5287 • Fax 07054-7804
e-mail: info@schechingertours.de
www.schechinger-tours.de

Gesellschaft

Kampf um die Zukunft

Die israelische Gesellschaft durchlebt zurzeit Reformen, die nicht wenige Israelis als Revolution empfinden. Das Geschehen ist vielschichtig. Die „Fronten“ und Interessenlagen sind für Außenstehende verwirrend. Eines der entscheidenden Spannungsfelder ist das Verhältnis zwischen säkularen und ultraorthodoxen Juden. || Johannes Gerloff

Beide – Säkulare wie Religiöse – fühlen sich von den Entwicklungen bedroht und reagieren entsprechend. Der Zwist zwischen säkularen Israelis und ihren ultraorthodoxen Mitbürgern hat Wurzeln, die bis in die Anfänge der zionistischen Bewegung zurückreichen. In den vergangenen Jahren hat er sich massiv verschärft und durchzieht praktisch alle Bereiche der Gesellschaft und Politik Israels.

Am zweiten Märztag 2014 erreichte die Spannung einen Höhepunkt, als Hunderttausende von Ultraorthodoxen in Jerusalem gegen ihre Einziehung zum Wehrdienst demonstrierten.

Ringens um Balance

In der zweiten Märzwoche verabschiedete die Knesset ein Paket von revolutionären Gesetzen. Demnach soll künftig bei Parlamentswahlen statt 2 Prozent die Sperrklausel von 3,25 Prozent gelten, Misstrauensanträge werden erschwert und die Zahl der Minister im Kabinett begrenzt. Gebietsabgaben sollen nur noch durch Volksentscheid möglich sein. Schrittweise sollen auch ultraorthodoxe Talmudschüler zum Wehrdienst verpflichtet werden.

Gemeinsam ist diesen drei Gesetzen das Ringen um eine Balance zwischen politischer Handlungsfähigkeit und Effektivität der israelischen Regierung einerseits und den Rechten und Freiheiten von ethnischen und religiösen Minderheiten andererseits. Der Lastenausgleich – und damit verbunden der Wehrdienst für Ultraorthodoxe – wird am hitzigsten debattiert.

„Auf keinen Fall“, ist aus ultraorthodoxen Kreisen zu hören, werde man „mit der israelischen Armee kollaborieren“. Die Umgangssprache der „Haredim“, wie die ultraorthodoxen Juden auf Hebräisch heißen, ist bis heute nicht selten Jiddisch. Im Blick auf den Pflichtwehrdienst schreien sie „Oj Gewalt!“ und zeichnen drastische Szenarien von religiöser Verfolgung – ausgerechnet durch den Staat, der von aller Welt als „jüdisch“ anerkannt werden will. Öffentlich klagen sie an, das Torahstudium werde kriminalisiert, obwohl noch völlig unklar ist, welche Sanktionen Jeschiwa-Studenten, die sich drücken, tatsächlich drohen. Die Erfahrung lehrt, dass in Israel nichts so heiß gegessen wird, wie es gekocht wurde.

Trotzdem sparen die Torah-Treuen nicht mit drastischen biblischen und historischen Parallelen. Gnadenlos wird die Absicht des jüdischen Staates, Haredim zum Militärdienst zu verpflichten, mit dem Vorgehen des Pharao in Ägypten (Buch Exodus), den Absichten des Ju-

denhassers Haman in Persien (Buch Ester) oder dem Holocaust verglichen. Unermüdlich wird betont, 16 bis 20 Stunden Studium am Tag seien so anstrengend wie ein Militäreinsatz und zudem viel effektiver für die Existenzsicherung des jüdischen Volkes. Vollmundig erklären schwarz behütete Teenager mit schütterem Bartansatz, sie würden lieber ins Gefängnis als zur Armee gehen. Der chassidische Belzer Rebbe droht gar, mit Zigttausenden seiner Anhänger das Land zu verlassen, sollte man zum Wehrdienst gezwungen werden.

Israels Finanzminister Jair Lapid, Hauptzielscheibe der Ultras und politische Gallionsfigur des Lastenausgleichs, begegnet einer halben Million haredischen Wehrdienstverweigerern auf Jerusalems Straßen gelassen. Jetzt wisse wenigstens jeder, um was es gehe, erklärte Lapid, und: „Es ist unvorstellbar, dass sich so eine Masse von Menschen nicht am Dienst für den Staat beteiligt.“

Verständnis für Ultraorthodoxe

Im „Greenhouse“, einem Restaurant in Schalit an der Straße zwischen Tel Aviv und Jerusalem, treffe ich Jaron Mintz. Der 53-Jährige bezeichnet sich selbst als politisch „eher links“, aber entschieden „zionistisch“. Seine beiden Töchter dienen in



Kampfeinheiten der israelischen Armee. Jaron verlangt, dass alle jungen Menschen in Israel ihren Beitrag zum Aufbau und zur Sicherheit des jüdischen Staates leisten. Schließlich seien sich doch alle einig, dass die Existenz des Staates Israel der Garant dafür sei, dass so etwas wie in Nazideutschland nie mehr passieren könne. „Wann immer das jüdische Volk sich nicht schützen konnte, wurde es verfolgt und vernichtet.“

Mintz sieht die aktuelle Auseinandersetzung als existenziellen Kampf Israels um seine Zukunft. „Die Hälfte der Erstklässler heute sind Araber oder Haredim“, beides Gruppen, die bislang vom Militärdienst ausgenommen sind, beschreibt der drahtige Mann die aktuelle Lage seiner Gesellschaft. „Hinzu kommt, dass heute schon weniger als 25 Prozent der Mädchen zur Armee gehen und sich auch mehr und mehr Jungs erfolgreich drücken. Als ich jung war, dienten die meisten in meiner Heimatstadt Kfar Saba in Kampfeinheiten. Von den Klassenkameraden meiner Töchter geht nur noch eine Minderheit zur Armee.“ Der Computingenieur beobachtet: „Die Freistellung der Haredim hat Auswirkungen auf die Säkularen“.

Bei alledem hat Jaron Mintz sehr viel Verständnis für die Lage seiner frommen Mitbürger. Er weiß um konkrete Geschichten, die ultraorthodoxe Soldaten während ihres Militärdienstes in Gewissenskonflikte brachten. Sei es, dass eine Einheit von Ultraorthodoxen während eines Einsatzes von einem Hubschrauber evakuiert wurde, an dessen Steuer eine Pilotin saß. Der gemeinsame Einsatz von Männern und Frauen in der Armee ist aus ultraorthodoxer Sicht undenkbar. „Oder einmal wurde Haredi-Soldaten nach einem Kommandoeinsatz am Jom Kippur, dem großen Versöhnungs- und Fastentag, befohlen, Wasser zu trinken.“ Mintz beschreibt die inneren Zwänge der ultraorthodoxen Gesellschaft, in der bis heute Ehen durch einen „Schadchan“, den Heiratsvermittler, zustande kommen: Ein Ultraorthodoxer, der Militärdienst geleistet hat, bekommt keine „gute“ Frau mehr. „Wir müssen diese

Probleme ernst nehmen“, plädiert Mintz, „dürfen sie nicht einfach ignorieren, oder gar lächerlich machen.“

In mancher Hinsicht geht die aktuelle Gesetzesvorlage bereits auf Bedenken der Frommen ein. So befürchten Ultraorthodoxe etwa, dass junge Rekruten im Alter von 18 Jahren in ihrer Persönlichkeit und ihrem Glauben zu wenig gefestigt sind, um einer Begegnung mit dem säkularen Israel unbeschadet Stand halten zu können. Im Hintergrund schwebt vielleicht auch die Angst, dass nicht wenige jugendliche Haredim nur zu gerne der Enge und Strenge ihrer Umwelt entfliehen und sich der Armee und der Arbeitswelt öffnen könnten. Deshalb ist vorgesehen, Ultraorthodoxe nicht automatisch mit 18 zum Wehrdienst heranzuziehen, wie das sonst Brauch ist, sondern ihnen einen Aufschub bis zum Alter von 26 Jahren zu gewähren.

Auch unter Israelis, die Armeedienst leisten, sind die Pläne der Regierung nicht unumstritten. Manch israelischer Soldat sieht die bereits bestehende ultraorthodoxe Einheit namens „Netzach Jehuda“ – was so viel bedeutet wie „Ewigkeit Judas“ oder „ewiges Judäa“ – mit kritischen Augen. „Die vertrauen doch nur auf Gott und nehmen Disziplin überhaupt nicht ernst“, wird unter der Hand gemunkelt. Dabei gilt die Kritik nicht dem Gottvertrauen der Frommen, sondern der Tatsache, dass Gott als Rechtfertigung für einen Mangel an Disziplin und Motivation herhalten muss.

Widerstand der Säkularen

Doch beim Streit zwischen Orthodoxen und Säkularen in Israel geht es um viel mehr, als nur um die Wehrpflicht. Es geht auch um Geld – das Ultraorthodoxe als Steuern nicht zahlen, dafür aber für ihre Talmudschulen einstecken – und um Einfluss. Es geht um zivilrechtliche Fragen, etwa um Eheschließung und Ehe-

scheidung, und darum, wer in diesen Bereichen das letzte Wort hat. Die Ultraorthodoxen gewinnen nicht zuletzt durch zahlreiche Kinder immer mehr Einfluss in der Gesellschaft. Zur Zeit der Staatsgründung waren es im ganzen Land vierhundert ultraorthodoxe Talmudstudenten, die der damalige Premierminister David Ben-Gurion vom Militärdienst befreite. Heute bringt dieselbe Gruppe problemlos Hunderttausende von „Betern“ auf die Straße.

Deshalb formiert sich unter säkularen Israelis Widerstand. Es ist die Mittelschicht, die in den vergangenen Jahren in viel beachteten Sozialprotesten auf die Straße ging, um einen Lastenausgleich zu fordern. Weniger als 50 Prozent der Gesamtbevölkerung tragen momentan die Hauptlast eines Staates, der enorme Sicherheitsanforderungen hat.

Trotzdem boykottierte die Opposition Mitte März die Debatten und Abstimmungen in der Knesset. Vielleicht nicht ganz unberechtigt verdächtigten Koalitionsmitglieder die säkular-sozialistische Arbeitspartei und die linksgerichtete Meretz-Partei, dass sie auf diese Weise eine Stimmabgabe zugunsten der Wehrpflicht für die Ultraorthodoxen umgehen wollten. Seit Jahren befürworten diese Parteien eine gleichmäßige Belastung aller Staatsbürger und haben die Bevorzugung der Religiösen wiederholt scharf attackiert. Jetzt erscheinen die Präsidentschaftskandidatur des Sozialisten Benjamin Ben-Elieser und eine mögliche Unterstützung der Ultras aber offensichtlich wichtiger, als die längst überfällige Reform in Politik und Gesellschaft, die ohnehin nicht in Frage steht.

Der Einfluss der Haredim in Israels Gesellschaft wächst, auch wenn sie momentan nicht an der Regierung beteiligt sind. Damit muss sich das säkulare Israel abfinden. Deshalb werden die Frommen aber künftig auch mehr Lasten einer modernen demokratischen Gesellschaft auf ihre Schultern nehmen müssen. ||

Tausende ultraorthodoxe Juden demonstrieren in Jerusalem.

